

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Gudrun Kopp, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/589 –**

Ordnungspolitischer Kompass für die deutsche Energiepolitik

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Kurt Hill, Dr. Gesine Löttsch, Eva Bulling-Schröter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/1082 –**

Die zukünftige Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten

A. Problem

Zu Nummer 1

Stärkere Betonung von Markt und Wettbewerb in der Energiepolitik, Beschränkung staatlicher Vorgaben auf einen Ordnungsrahmen und staatlicher Eingriffe auf das notwendige Maß bei marktkonformer Ausgestaltung, Subventionierung nur ausnahmsweise, zeitlich befristet und degressiv.

Zu Nummer 2

Verhinderung weiterer Marktkonzentrationen bei den Energieversorgern, Einrichtung einer europäischen Regulierungsbehörde, die sowohl die Netz- als auch die Erzeugungsstrukturen reguliert; Festhalten am Atomausstieg, Ausbau der erneuerbaren Energien, Einbeziehung der Kohle in den Emissionshandel, Förderprogramm zur Energieeinsparung, bessere Ausstattung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/589 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1082 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

- a) den Antrag auf Drucksache 16/589 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/1082 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2006

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Edelgard Bulmahn
Vorsitzende

Rolf Hempelmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Rolf Hempelmann

I. Überweisung

Der Antrag der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/589** und der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/1082** wurden in der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. April 2006 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Anträge

Zu Nummer 1

Die FDP-Fraktion fordert einen ordnungspolitischen Kompass für die deutsche Energiepolitik der Bundesregierung. Die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft, also die Bestimmung von Preisen, Verbrauch und Investitionen durch Markt und Wettbewerb sollten auch in der Energiepolitik stärkere Bedeutung erhalten. Staatliche Vorgaben sollten sich auf einen Ordnungsrahmen für energiewirtschaftliches Handeln beschränken, das Handeln aber anderen überlassen. Eingriffe des Staates müssten auf das notwendige Maß begrenzt und marktkonform ausgestaltet werden. Subventionen dürften schließlich nur ausnahmsweise vergeben werden. Sie müssten zeitlich eng befristet ausgestaltet werden und im Zeitablauf abnehmen. Nach Auffassung der Antragsteller ist die Energiepolitik der letzten sieben Jahre durch staatliche Eingriffe, Regulierung und Marktverzerrungen gekennzeichnet gewesen. Dies habe zur Verunsicherung und Investitionszurückhaltung in der Energiewirtschaft geführt. Die neue Regierung lasse eine klar konzipierte, durchdachte und stringente Energiepolitik vermissen, die langfristig angelegt sei und nachhaltig wirken könne. So sei der langjährige Konsens der deutschen Energiepolitik mit den gleichgewichtigen Zielen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit zerstört worden. Die politisch motivierten Sonderabgaben hätten sich seit 1994 um bis zu 70 Prozent erhöht. Der Strompreis werde zunehmend durch politische Maßnahmen beeinflusst. Deutsche Unternehmen seien durch höhere Stromkosten international benachteiligt. Die Subventionen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes bezahlten die Verbraucher. Der Ausstieg aus der Kernenergieerzeugung stelle eine Abkehr vom Prinzip marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik dar, unter anderem wegen des Eingriffs in genehmigte Investitionen. Kernkraftwerke sollten so lange betrieben werden dürfen, wie ihr Betrieb den Sicherheitskriterien entspricht und genehmigungsfähig sei.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/589 verwiesen.

Zu Nummer 2

Die Fraktion DIE LINKE. tritt dafür ein, die künftige Energieversorgung sozial und ökologisch zu gestalten. Die Regierung soll sich so schnell wie möglich von fossilen und nuklearen Energieträgern abwenden. Die Stromnetze ab 110 Kilovolt und die Gasnetze ab 300 Millimeter sollten als Allgemeingut definiert und per Gesetz in die öffentliche Hand übertragen werden. Gleichzeitig müsse die Energieinfrastruktur auf erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-Kopplung und dezentrale Energieerzeugung ausgerichtet werden. Die Zahl der Netzkuppelstellen für den grenzüberschreitenden Energiehandel sei deutlich zu erhöhen. Auf EU-Ebene müsse die Regierung dafür sorgen, dass weitere Marktkonzentrationen bei den Energieversorgern und damit europaweite Oligopole verhindert werden. Ebenso soll sich die Regierung dafür einsetzen, dass eine europäische Regulierungsbehörde eingerichtet wird, die sowohl die Netz- als auch die Erzeugungsstrukturen reguliert. Die Fraktion setzt sich darüber hinaus dafür ein, die Kohle in den Emissionshandel einzubeziehen, die Verteilung der Emissionsrechte strenger zu handhaben und am Ausstieg aus der Atomenergie festzuhalten. Ferner müsse ein standortunabhängiges Suchverfahren für ein atomares Endlager eingeleitet werden. Eine Nutzung des Schachts Konrad sowie des Standorts Gorleben in Niedersachsen sei auszuschließen. Die Ökosteuern solle so ausgerichtet werden, dass mit den Einnahmen überwiegend der Ausbau erneuerbarer Energien, der Einsatz effizienter Techniken und Energieeinsparungen gefördert werden. Schließlich müsse das Kohlendioxid-Gebäude-sanierungsprogramm finanziell besser ausgestattet werden als bisher, und der geplante Gebäudeenergiepass müsse neben dem aktuellen Energieverbrauch auch die Energieeinsparpotenziale darstellen. Mieter müssten künftig das Recht haben, bei ausbleibender Energiesanierung Mietminderungen zu fordern.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/1082 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Auswärtige Ausschuss** (28. Sitzung am 8. November 2006), der **Finanzausschuss** (37. Sitzung am 8. November 2006), der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (31. Sitzung am 8. November 2006), der **Verteidigungsausschuss** (24. Sitzung am 8. November 2006), der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** (25. Sitzung am 8. November 2006), der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (22. Sitzung am 25. Oktober 2006), der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (12. Sitzung am 31. Mai 2006) und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (25. Sitzung am 8. November 2006) empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/589.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (22. Sitzung am 8. November 2006) empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Zu Nummer 2

Der **Finanzausschuss** (37. Sitzung am 8. November 2006), der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (31. Sitzung am 8. November 2006), der **Verteidigungsausschuss** (24. Sitzung am 8. November 2006), der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** (25. Sitzung am 8. November 2006), der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** (22. Sitzung am 25. Oktober 2006), der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** (12. Sitzung am 31. Mai 2006) und der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** (25. Sitzung am 8. November 2006) empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1082.

Der **Auswärtige Ausschuss** (28. Sitzung am 8. November 2006) empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen

die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung eines Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** (22. Sitzung am 8. November 2006) empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Anträge auf Drucksachen 16/589 und 16/1082 in seiner 23. Sitzung am 8. November 2006 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/589 zu empfehlen.

Der Ausschuss beschloss sodann mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/1082 zu empfehlen.

Berlin, den 8. November 2006

Rolf Hempelmann

Berichterstatter

